

JULIA REUSCHENBACH
KORBINIAN FRENZEL

DEFEKTE DEBATTEN

WARUM WIR
ALS GESELLSCHAFT
BESSER STREITEN MÜSSEN

SUHRKAMP NOVA

suhrkamp nova

Zu laut, zu viel, zu dumm, niemand hört mehr zu, niemand ist mehr beweglich oder offen oder im Geringsten wohlwollend. Gebäudeenergiegesetz, deutsche Staatsräson, Agrardiesel, Einwanderung ...

Bei vielen Themen finden sich Beispiele für den dysfunktionalen Status quo politischer Kommunikation, für die Unmöglichkeit, ergebnisoffener öffentlicher Meinungsbildung. Das ist gemeinhin der Befund: Die Debattenkultur in Deutschland ist in einem desolaten Zustand. Aus beteiligter Expertensicht analysieren die Politikwissenschaftlerin Julia Reuschenbach und der Radiojournalist Korbinian Frenzel unsere Debattenfähigkeit. Sie ordnen das breite Tableau beteiligter Akteure, sie untersuchen, wer welchen Illusionen zum Opfer fällt. An welchen Defekten das Diskurssystem krankt, welche neuartigen Herausforderungen sich stellen. Um schließlich einen Ausweg aus der Misere zu skizzieren, um Ideen, Lösungen, konkrete Handlungsvorschläge einzubringen.

Foto © Tobias Koch



Julia Reuschenbach, geboren 1988, forscht als Politikwissenschaftlerin an der Freien Universität Berlin vor allem zu Parteien und politischer Kommunikation. Sie wird regelmäßig als klarsichtige Expertin zum Aufstieg der AfD befragt, u. a. im Podcast *Lage der Nation*, in den *Tagesthemen*, im Politikteil der *Zeit* oder auf *Spiegel Online*.

Korbinian Frenzel, geboren 1978, moderiert das reichweitenstärkste Format auf *Deutschlandfunk Kultur*, in seiner Sendung »Studio 9 – Der Tag mit ...« fordert er täglich sich und Gäste wie Annalena Baerbock, Harald Schmidt, Olaf Scholz, Luisa Neubauer, Friedrich Merz, Juli Zeh oder Robert Habeck heraus.

Julia Reuschenbach
Korbinian Frenzel

DEFEKTE DEBATTEN

Warum wir als Gesellschaft
besser streiten müssen

Suhrkamp



Erste Auflage 2024
suhrkamp taschenbuch 5438
Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag AG, Berlin, 2024
Alle Rechte vorbehalten.

Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks
für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.

Umschlaggestaltung: Brian Barth, Berlin,
unter Verwendung zweier Motive von Shutterstock
Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISBN 978-3-518-47438-9

www.suhrkamp.de

Inhalt

1 Demokratie in der Depression 11

Erschöpfung 17

»Dagegen-Debatten« 17

Wenn die Wohlmeinenden nicht mehr wohlmeinend sind 25

Immer ist irgendwas 29

Ernsthaftigkeit 32

Der innere Stammtisch: Elite by day, Volk by night 32

Elitenversagen in der Politik 36

Immer diese Selbstverständlichkeiten 41

Vom Fehlen der Fehlerkultur 46

Unübersichtlichkeit 49

Demokratisierungsgrad 49

»Too many players«?! 53

Öffentlichkeit vs. Öffentlichkeiten 56

Individualisierungsbedürfnisse 63

Apathie 69

Politische Selbstwirksamkeit 69

Money, Money, Money 71

Von der Entpolitisierung zur Repolitisierung 76

2 Kaputte Kommunikation 79

Polarisierung 88

Banalierungen des politischen Diskurses 91

Empörung, Erregung, Aufmerksamkeit 96

Das schleichende Gift 103

Populismus und Medien 108

Widerstände und Widersprüche 113

Tonalitäten 117

Sprachlosigkeit 117

Bekennnisbedürfnisse 122

Absolutheitsansprüche 131

Sprachdefekte 136

Tücken des Grundsätzlichen 146

Gewissheiten und Zweifel 150

Fakten! Fakten! Fakten? 151

(Un)Follow the science 157

Am Kern vorbei 161

Diskurshoheit als Ersatz für Veränderung 167

Arenen 173

Journalismus unter seinen Möglichkeiten 174

Urteilkraft und Umfragen 186

»Monster« oder Möglichkeiten 190

Nebenbühnen der Politik 197

3 Besser Streiten 203

Ambivalenzen 207

Mut zu Mehrdeutigkeit 209

Im Zweifel für den Zweifel 213

Räume für Irrationales 216

Grenzen ziehen – Grenzen weiten 222

Eine Neubelebung der Streit-Idee 224

Verantwortung 227

Elitenverhalten und Eigenverantwortung 227

Diskretion als Stärke 233

Anschauliche Sprache 235

Und immer wieder: Politische Bildung 241

Aushandlungsorte 246

Lagerfeuer oder Shoppingmall? 247

Journalismus 251

Sortierung im Digitalen 259

Wissenschaft und wir 265

Debatten zurück in die Parlamente 272

10 Vorschläge zum Kopfnicken und Kopfschütteln 280

Dank 286

Anmerkungen 288

DEFEKTE DEBATTEN

1 Demokratie in der Depression

Was ist nur los? Warum dieses Unbehagen? Warum lassen sich, wie es Wolfgang Schäuble in seinem letzten Lebensjahr sagte, wahrscheinlich ganze Regalmeter* füllen mit Analysen und Kommentaren, die das Bild eines politischen Systems im Verfall zeichnen? Haben wir ein ernstes Problem? Oder haben wir mittlerweile zu sehr Gefallen daran gefunden, die Krise herbeizuschreiben und herbeizureden – eine Art Beschäftigungstherapie im Ennui etablierter Gesellschaften? Ist die Substanz unserer demokratischen Gesellschaften im Grunde gut – und das Gemecker einfach unverhältnismäßig laut?

Ein klassisches Henne-Ei-Dilemma: War erst die Krise und dann das Reden darüber? Oder schaffen wir durch die permanente Krisenbeschreibung das Problem in dieser Dimension nicht erst selbst? Ohne Frage gibt es eine Wechselwirkung. Die Omnipräsenz der besorgten Analysen, warnenden Kommentare und mahnenden Zwischenrufe hat mittlerweile – wie Schäuble zu Recht kritisch anmerkte – eine Eigendynamik, um nicht zu sagen eine eigene Krisendiskursökonomie geschaffen.

Es schadet nicht, diesen Gedanken als kritischen Prüfauftrag mitzunehmen: Wo dient die Krisendiagnostik dem Ziel der Erklärung und idealerweise dem Aufzeigen von Auswegen? Wo steckt darin möglicherweise eher ein Nachplappern eingübter Diskursschleifen? Im harmloseren Fall mag Denkfaulheit dahinterstecken. Im weniger harmlosen Fall ist es das bewusste Heraufbeschwören von Problemlagen, um daraus politisch Kapital

* Die Analysen und Überlegungen dieses Buches greifen auf Äußerungen, Studien, Daten, Interviews und weiterführende Texte zurück. Um ein flüssiges Lesen dieses Buches zu erleichtern, verwenden wir keine Fußnoten. Alle Belege und Verweise sind entlang den Kapitelüberschriften durch Textmarken in Kombination mit der jeweiligen Seitenzahl in den Anmerkungen ab S. 288 aufgeführt. Wann immer wir also auf Zitate oder Informationen zurückgreifen oder verweisen, lohnt sich ein Blick in den Anmerkungsteil.

zu schlagen. Es wäre verlockend, aber leider zu einfach, die aufgeregten Debatten unserer Zeit nur als ein Phänomen allgemeiner Aufregung zu begreifen. Als eine Art Bühnenshow (manchmal vielleicht eher ein Schmierentheater), während im Hintergrund alles seinen gewohnten Gang geht. Krise? Welche Krise?

Laute und aufgeregte geführte Debatten müssen nicht per se darauf hindeuten, dass wir es mit tiefgreifenden Herausforderungen oder Krisen zu tun haben. Auch frühere Zeiten waren geprägt durch zum Teil heftige Debatten und politische Polarisierungen, von der Frage der Wiederbewaffnung, über 68 und die aufgewühlten und gleichzeitig bleiernen 1970er Jahre, vom Bonner Hofgarten bis weit in die 1990er reichenden Großkonflikten, von Schocks wie dem Mauerbau, dem Terror der RAF oder der Katastrophe von Tschernobyl: Unsere Demokratie hatte schon immer mit Krisen zu kämpfen. Sie war beileibe nicht harmonisch und zimperlich im Umgang. Und doch ist heute etwas anders.

Neu ist die geballte Ladung, durch die die Politik und zunehmend auch wir alle mit verschiedensten Konflikten und Herausforderungen konfrontiert sind. »Polykrise« ist der Begriff, den der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze etabliert hat, um diese Überlagerung zu beschreiben. Krisen lösen sich nicht ab, sie gehen gleichsam nahtlos ineinander über, finden parallel zueinander statt, verstärken sich dabei mitunter gegenseitig. Von innen zerrt der Populismus an den Nerven einer demokratischen Gesellschaft, von außen gibt es wieder Feinde in einem ganz klassischen Sinne, als wäre das 20. Jahrhundert mit all seinem Schrecken und seinem noch größeren Schreckenspotential zurückgekehrt. Währenddessen erhitzt sich der Planet in einem Tempo, das den Klimawandel, lange die große abstrakte Gefahr, sehr konkret macht.

Die Gegenwart der Krisen ist das »neue Normal«. Diese Erkenntnis hat sich als Binsenweisheit etabliert. Aber sie kann nur

schlecht darüber hinwegtäuschen, dass wir für dieses »neue Normal« noch keinen zufriedenstellenden Umgang gefunden haben: Wie verhandeln wir gesellschaftliche und politische Fragen, wenn permanent Ausnahmezustand herrscht? Wie funktioniert gesellschaftlicher Diskurs, wenn die Hauptaufgabe der Politik Krisenmanagement ist, also eben häufig Ad-hoc-Politik, die eigentlich keine langwierigen Debatten und das vorsichtige Wiegen von Für und Wider zulassen kann?

Haben wir denn überhaupt noch die nötigen Verschnaufpausen zwischen den Krisen, um diese Fragen ernsthaft zu diskutieren, geschweige denn sie zu beantworten? Offensichtlich nicht. Die Polykrise führt so unweigerlich zu einer Krise der Debattenkultur. Zu defekten Debatten.

Ein gehöriger Anteil der Krisenwahrnehmung unserer Zeit dürfte allein darin begründet liegen, dass wir dauernd gefordert sind. Es gibt seit geraumer Zeit keine Phasen mehr, die so etwas wie einen gesellschaftlichen Normalbetrieb darstellen. Was wir bräuchten, wäre eine Resilienz, eine Widerstandsfähigkeit gegenüber den Widrigkeiten der permanenten Krise. Was wir dagegen konstatieren, ist eine für die demokratische Kultur gefährliche Entwicklung: Aus der Erschöpfung wird oftmals Frust. Man könnte meinen, das Problem wächst vor allem an den politischen Rändern. Menschen, die abgehängt sind oder sich so fühlen. Die die Politik als unfähig oder zumindest untätig empfinden. Die in einer immer komplexeren Welt auf der Suche nach einfachen Antworten sind, die ihnen die Populisten nur allzu gerne geben. Doch der Frust hat nicht nur die politischen Ränder erfasst, sondern sich bis in den Kreis der an sich Wohlmeinenden in der politischen Mitte hineingefressen.

Zunächst wird es darum gehen, die Phänomene zu beschreiben, die dazu führen, dass unsere Debatten Schaden genommen haben. Neben dem Frust, der aus der Erschöpfung erwächst, schauen wir genauer auf die Reaktionsmuster – in der Politik, aber

auch bei uns allen. Mangelt es an Ernsthaftigkeit, mit dieser ernststen Situation umzugehen? Wir finden dafür leider viele Belege. Dazu kommen neue Unübersichtlichkeiten: Immer mehr Komplexität, immer mehr Player auf dem Debattenspielfeld und immer mehr »Ich« statt »Wir«.

Erschöpfung

Noch nie – seit 1949! – sahen die Menschen so wenig hoffnungsvoll auf die nächsten 12 Monate wie zu Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine.

Das ist angesichts der Dramatik der Nachrichten, dieser für fast alle neuen Begegnung mit der in Europa überwunden geglaubten Idee, Krieg sei ein Mittel der Politik, nachvollziehbar. Und es beschreibt auch die Grenzen der Macht demokratischer und ziviler Politik des eigenen Landes, wenn andere die Mittel des Krieges und der Gewalt wählen. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass auch den in der ersten Linie politisch Verantwortlichen ein Moment der Ohnmacht anzumerken war. In einem positiven Sinne kann das sogar demokratieverstärkend sein, in gewisser Weise war die politische Elite mit der Bevölkerung in dem Gefühl der Überforderung und Erschöpfung vereint. Gleichzeitig verstärkt es natürlich das Problem: Wenn die Entscheidungsträger nicht mehr in der Lage sind zu reagieren, selbst also kaum den Eindruck vermitteln, den Lauf der Geschichte verändern zu können, wie soll jeder Einzelne den Glauben daran aufrechterhalten?

»Dagegen-Debatten«

Wir sind erschöpft angesichts einer Vielzahl von Krisen und vor uns liegenden Herausforderungen. Erschöpfung macht dünnhäutig. Wer erschöpft ist, wird schneller laut, hat weniger Ressourcen, um zuzuhören, mitzudenken, sich aktiv einzubringen oder sich auf Neues vorzubereiten und einzulassen. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf das Debattenklima: Es ist im Verlauf der letzten (Krisen-)Jahre rauer und destruktiver geworden.

Viele Menschen haben subjektiv den Eindruck, dass die Po-

litik ihre Probleme nicht kennt, nicht lösen will oder sie nicht als wichtig genug erachtet. Und wenn sie es doch tut, dann sind die Lösungen zu langsam, zu wenig oder zu spät. Die Teilnahme an Debatten beschränkt sich dann häufig auf ein »Dagegen-Sein«, auf die Artikulation von Frust, Wut, Unmut und zunehmend auf Hass und Hetze. »Wir sind das Volk, und der Staat kann uns mal« fasst es der Historiker Andreas Wirsching pointiert zusammen. Wir erleben also bei einer wachsenden Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern die grundsätzliche Verweigerung des Diskurses in der Sache – aus Überforderung, aber eben auch aus dem Gefühl heraus, in der eigenen Perspektive ohnehin keine Anerkennung zu finden. Die stattdessen an den Tag gelegte Diskurshaltung lässt sich am besten mit dem ausgestreckten Mittelfinger beschreiben: eine grundsätzliche Skepsis gegenüber den politischen und medialen Eliten, ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem, was als das »Richtige, das Gebotene, das Unabdingbare« identifiziert wird. Ein Phänomen, das in der Euro-Krise in aller Deutlichkeit sichtbar war. Während es in der Bevölkerung breite Mehrheiten gegen den als alternativlos dargestellten Euro-Rettungskurs gab, fand sich diese Skepsis kaum repräsentiert in den Parlamenten oder in der medialen Öffentlichkeit. (Man sollte in diesem Zusammenhang nicht vergessen: das – und nicht ausschließlich Migrationsfragen – war der Geburtshelfer eines erfolgreichen politischen Populismus in Deutschland.) In jüngerer Zeit sehen wir die Dagegen-Haltungen in Folge der Corona-Pandemie, sicherlich nicht als breites gesellschaftliches Phänomen, doch dafür umso lauter und teils radikaler. Die Skepsis und Ablehnung von Impfungen stehen dafür exemplarisch, die Aluhüte symbolisch.

Es scheint ein wiederkehrendes Muster zu sein: Politik, die über ihre schiere Notwendigkeit und Dringlichkeit begründet wird, wird allein deshalb zum Angriffspunkt. Das, was eben noch »common sense« war, etwa ein entschlossenes und schnelles Handeln, um die Pandemie zu stoppen, wird so polarisiert

und emotionalisiert. Möglicherweise rutscht die Klimapolitik gerade in dieses Muster der Alternativlosigkeit und ruft allein dadurch Widerstände hervor.

Die Krisen der jüngeren Zeit haben gezeigt, dass es bei diesem »Dagegen« kein kohärentes Bild entlang politischer Denkrichtungen gibt. Skepsis gegenüber der Euro-Rettung konnte mit einer Spur Antikapitalismus gut von links begründet sein, ebenso wie nationalistisch-rechts. In der Corona-Krise machte der Begriff der »Querdenker« deutlich, welches ideologische Sammelsurium die Proteste nährte.

Es wäre verkürzt, das wachsende »Dagegen-Sein« nur an den Rändern zu diagnostizieren. In gewisser Weise war es dort – als Ausdruck einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber dem »System« – schon immer zu Hause. Verweigerungshaltungen sind aber auch zunehmend weiter in den Debattenraum vorgedrungen. Ohne die jeweilige Legitimität der Forderungen hier diskutieren zu wollen: Die radikalen Klimaprotestler haben mit ihren Blockade-Aktionen für eher sachlich moderate Forderungen wie die Einführung eines Tempolimits radikale Protestformen gewählt, die zunächst nicht wie eine Einladung zum Dialog wirken. Ähnliches zeigt sich bei Protesten von Landwirten, Handwerkerinnen oder Spediteuren, bei denen man fast den Eindruck haben könnte, sie haben sich, während sie im von der »Letzten Generation« verursachten Stau standen, die Protestformen der Klimaaktivisten sehr genau abgeschaut.

Interessanterweise – die letzten Auseinandersetzungen haben es erneut gezeigt – »funktioniert« der Verweigerungsansatz, ebenjene »Dagegen-Debatten«, um im politischen Diskurs Beachtung zu finden, für manche Positionen und Perspektiven weitaus besser als die gesittete Teilnahme an den Sachdebatten.

Es wird lauter auf den Straßen. Aber auch in den Parlamenten. Studien zeigen, dass der Einzug der AfD in den Bundestag und in die Landesparlamente die Verrohung im politischen Dis-